

tionen von Dänemark, Deutschland, Holland und Norwegen bereit erklärten. Diese geringe Beteiligung verhinderte den Zusammenritt. Im Sommer 1919 hatte in Belgien eine Zusammenkunft von Vertretern der belgischen und französischen Verbände stattgefunden, auf der beschlossen wurde, am 24. und 25. August eine Vorlesung in Paris abzuhalten. In dieser Konferenz nahmen teil England mit drei Organisationen, Belgien mit einer, und Frankreich entsandte 10 Vertreter verschiedener Organisationen der graphischen Berufe. Das Internationale Sekretariat war nicht in Kenntnis gesetzt worden. Der Schweizer Verband hatte abgelehnt mit der Begründung, nur dann teilnehmen zu können, wenn auch die anderen Organisationen geladen werden. Diese Vorlesung wünschte die Verlegung des Sitzes des Sekretariats aus Deutschland und die Bestellung des Internationalen Büreaus aus verschiedenen Ländern. Die einzelnen graphischen Internationalen Sekretariate sollten sich alle im gleichen Lande befinden. — Weiter mußte der Berichtsteller monieren, daß fast alle Organisationen ihren finanziellen Verpflichtungen dem Internationalen Buchbinder-Sekretariat (J. B. S.) gegenüber nicht nachkommen sind. Genau genommen, sei nur der deutsche Verband mit der Beitragsleistung auf dem laufenden, und nur Oesterreich und Norwegen hatten ihre Beiträge bis Ende 1918 abgeführt.

In der Diskussion über den Bericht bedauerte Grünfeld-Wien, daß sehr viele Verbände ihrer Pflicht zur Beitragszahlung nicht nachgekommen seien, und daß eine Anzahl Landesorganisationen trotz aller Anfragen nichts von sich hören lassen, z. B. Amerika. Weiter schilberte er die Zustände in Ungarn, sowie die mangelnde Solidarität der amerikanischen Organisationen, die von organisierten europäischen Kollegen ein Eintrittsgeld von 25 Dollar trotz des Nachweises der Organisationszugehörigkeit verlangen. Dem J. B. S. habe man viel zu danken, es habe in schwerer Zeit Gutes geleistet. — Van Staeyen-Brüssel wünscht zunächst Klärung der Frage, ob die mit ihren Sekretariatsbeiträgen im Rückstand befindlichen Organisationen zur Teilnahme an der Konferenz berechtigt seien. — Van der Waal-Amsterdam betonte, daß die Organisationen in den neutralen Ländern keine Beiträge während der Kriegszeit leisten wollten, weil der damalige Internationale Sekretär internationalistisch gerichtet gewesen sei. Die Pariser Konferenz habe nur den Zweck gehabt, die internationalen Verbindungen wiederherzustellen. — Vertreter der englischen Organisationen erklärten, ihren Verpflichtungen sofort nachkommen zu wollen, die skandinavischen Vertreter schlossen sich dieser Erklärung an, beglückten die Schweizer. — Fischer-Prag glaubt aus dem Bericht des Sekretariats schließen zu dürfen, daß das Sekretariat während des Krieges nicht gut funktioniert habe. Auch er erkennt die Verpflichtung an, dem J. B. S. finanziell zur Seite zu stehen. Er wünscht alle Verbände zur Nachzahlung der rückständigen Beiträge zu verpflichten und bringt einen schriftlichen Bericht über den Organisationsstand in der Tschechoslowakei. — Die Vertreter Italiens erkennen ebenfalls ihre finanziellen Verpflichtungen dem Sekretariat gegenüber an und machen Mitteilung von der Opferwilligkeit ihrer Mitglieder, die in kurzer Zeit 90 000 Lire für die italienischen Metallarbeiter und den „Avanti“, sowie 15 000 Lire für Ungarn gesammelt haben. — Ein Vertreter Ungarns berichtete kurz über ungarische Verhältnisse. Der ganze Krieg habe nicht soviel Schaden angerichtet als die Märdiktatur und deren Folgezeit. Vor dem Kriege war in Ungarn unsere Kollegenchaft zu 95 Proz. organisiert. Heute liegt der Beruf völlig am Boden und die Arbeitslosen können nur geringe Unterstüßungen erhalten. Das überhaupt heute noch in Ungarn Unterstützung gezahlt werden kann, ist dem Internationalen Sekretariat zu danken, dessen Aufforderung zu Sammlungen gute Resultate gezeitigt habe. Das Internationale Mitteilungsblatt sollte möglichst monatlich erscheinen.

Darauf ergriff der Senior der Schweizer Arbeiterbewegung, Genosse Greulich-Bürich, das Wort, der, selbst ehemals Buchbinder, der internationalen Buchbinderbewegung regles Interesse entgegenbringt. Er erwähnte, daß vor vielen Jahrzehnten von Leipzig aus der Ruf an ihn ergangen sei, die Buchbinder der Schweiz zu organisieren. Er

wurde zum Bevollmächtigten für die Schweiz ernannt mit dem Sitz in Zürich, wo bald eine gute Organisation geschaffen wurde. Schon Ende 1890 habe er die Bildung einer ersten Buchbinder-Internationalen versucht, um so mehr freue es ihn, daß heute die berufliche Internationale so stark vertreten sei. Der Zusammenstoß sei jetzt mehr als je notwendig, nachdem die Gewerkschaftsbewegung zurecht viel angefeindet und von Moskau als „gelb“ beschimpft werde. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Es möge wohl richtig sein, daß in den letzten Jahren von manchen Seiten viel gesündigt worden sei, aber wenn schon die Regierungen anfangen, Frieden zu schließen, müsse das in verstärktem Maße die Arbeiterschaft tun. Aber wir dürfen uns nicht lommandieren lassen von Leuten, die die Gewerkschaften gar nicht kennen. Wenn wir uns nicht auseinanderreiben lassen, werden die Gewerkschaften zur größten Macht in allen Ländern werden.

Die Italiener wünschten ein schnelleres Tempo der Verhandlungen und nicht die Erörterung vergangener Dinge, sondern Beratung von Zukunftsfragen und -aufgaben. — Gen Hur-Amsterdam dankt dem J. B. S. für die geleistete Arbeit. Jetzt solle praktische Arbeit geleistet und unter Vergangenes ein Strich gemacht werden. — Haraway-England erklärt, daß für uns Arbeiter alles Vergangenes begraben sein sollte. Der wirkliche Feind der Arbeiterschaft habe noch immer die Gewalt in Händen: das Kapital. Dieses gelte es zu bekämpfen, aber nicht die eigenen Arbeitsbrüder. Eine der englischen Organisationen habe Anfang August 1914 eine Generalversammlung gehabt, durch die der Anschluß an die Internationale beschlossen werden sollte. Diese Tagung wurde durch die Kriegserklärungen gestört. Jetzt aber erkläre er seinen Anschluß erneut. — Van Staeyen-Brüssel hat von der Tätigkeit des früheren Sekretärs nicht viel gemerkt. Er geht auf die Pariser Sonderkonferenz näher ein. — Mazzuffen-Kopenhagen gab einen eingehenden Bericht über den Umfang und die Tätigkeit des dänischen Verbandes.

Gaussen-Berlin betont im Schlußwort, daß eine besondere Zurückbeziehung mit der Tätigkeit des Internationalen Sekretärs nicht geäußert werde, sei vorausgesetzt worden, aber die Kritik sei noch immer vorwärtstreibend gewesen, und sie werde es auch hier sein. Festgestellt müsse werden, daß alle rückständigen Beiträge und sonstigen Verpflichtungen nachgeholt werden müssen. Eine regelmäßige Herausgabe des Mitteilungsblattes in kürzerer Zeit sei der hohen Kosten wegen nicht möglich. Er bedauert, daß Frankreich nicht vertreten sei. Hätte die dortige Organisation Interesse an der internationalen Verbindung, dann würde es eine Vertretung entsandt haben. Die Situation sei gegenwärtig so, daß die Arbeiterschaft, genau wie es der englische Delegierte gesagt habe, einig sein müsse. Wir als Arbeiter sollen unter alles, was geschehen sei, einen dicken Strich ziehen. Der Verlauf der Konferenz zeige, daß ein großer Schritt zum Wiederaufbau der beruflichen Internationale gemacht wurde.

Ueber den „Wiederaufbau der internationalen Beziehungen“ referierte Gaussen-Berlin. Schon die bisherigen Verhandlungen haben gezeigt, daß der Wiederaufbau der beruflichen Internationale von allen Teilnehmern an der Konferenz gewünscht wird. Nun sei es Pflicht der einzelnen Delegierten, für ihre Organisationen den Anschluß zu erklären. Dann könne praktische Arbeit geleistet werden. — Eine Umfrage ergab, daß sich sämtliche vertretenen 14 Organisationen aus 12 Ländern zum Anschluß bereit erklärten, respektive diesen vollzogen. Nachdem dies geschehen, erhob Fischer-Prag Protest gegen die Zulassung der selbständigen Organisation der deutschsprachigen Kollegenchaft in der Tschechoslowakei, die ihren Sitz in Reichenberg i. B. hat. Man sollte und müsse diese Separation genau so behandeln, als früher die separatistischen Tschechen behandelt worden seien. Auch für die Tschechen sei eine einheitliche Organisation notwendig, und man dürfe nicht zulassen, daß lediglich der Sprache wegen eine separatistische Organisation geschaffen werde. Die graphische Union in Reichenberg erstreckte sich fast nur auf Reichenberg, der tschechische Verband dagegen habe in fast allen deutschsprachigen Städten Mitglieder. — Werten-Reichenberg, der Vertreter der angeschuldigten Organisation, wendet sich gegen den Protest. Nach

seinen Angaben machte sich die Separation notwendig infolge der Drangsalierungen der Deutschen durch die Tschechen. Er erstattete einen eingehenden Bericht über die Gründungsgegeschichte seiner Organisation. Auch diese habe sich den Bestrebungen des ihr übergeordneten Gewerkschaftskongresses zu fügen. Eine ganze Anzahl deutscher Organisationen der Tschechoslowakei sind den Berufsinternationalen angeschlossen. Warum sollte das bei den Buchbindern anders sein? Es sei nicht richtig, daß sich die Graphische Union nur auf Reichenberg erstreckte, das gesamte geschlossene deutsche Gebiet gehöre zu ihrem Bereich. Sie sei nicht von nationalistisch-bawinistischen Motiven geleitet, und es müsse der Entwicklung überlassen bleiben, ob eine Einigung mit dem tschechischen Verband möglich sei. — Nach längerer Aussprache über diesen Gegenstand wurde beschlossen, beide Organisationen bis zur endgültigen Regelung der ganzen Frage durch den Internationalen Gewerkschaftskongress zuzulassen.

Grünfeld-Wien weist darauf hin, daß der Krieg mit dem Unternehmertum sehr mit verschärften Mitteln geführt werden müsse. Darum brauchen wir die berufliche Internationale mehr denn je. Jedes Land, das auf sich allein angewiesen ist, muß zur Grunde gehen, wie das Beispiel von Ungarn zeige. Wenn z. B. die politischen Wahlen in Oesterreich für die Arbeiterschaft ungünstig ausfallen, dann besteht für die Arbeiterschaft Oesterreichs die Gefahr, daß es ihr genau so ergehe wie der ungarischen. Dem Internationalen Sekretariat obliegen für die Folgezeit wichtige Aufgaben, das Studieren der Lohnprobleme, Trennung der Männer- und Frauenarbeit, das Verhältnis zu den übrigen graphischen Organisationen und vieles andere mehr. Er regt weiter an, die Beiträge an das Internationale Sekretariat in der jeweiligen Landeswährung zu zahlen.

(Schluß folgt.)

Der Auftakt zur Machtprobe.

Was sich in diesen Tagen in Berlin abspielt, ist die Einleitung zu dem großen Kampfe, zu der großen Auseinandersetzung mit dem Unternehmertum, dem die Arbeiterschaft schon seit einiger Zeit entgegensteht. Und daß es gerade die Unternehmer im Zeitungs-gewerbe sind, die den ersten Vorstoß zu unternehmen haben, dürfte kein Zufall sein. Einmal gehören sie zu den kapitalkräftigsten Kreisen, so daß sie einen längeren Kampf sehr wohl führen können, ohne befürchten zu müssen, durch Außenfeinde in ihren Absichten gestört zu werden. Es liegt den Unternehmern alles daran, den ersten großen Streit geschlossen zu ihren Gunsten beendet zu sehen in der Annahme, dadurch auf andere Unternehmungskreise in ihrem Sinne einzuwirken, denen zu einer Kraftprobe mit der Arbeiterschaft die Zeit noch nicht gekommen scheint oder die doch noch einiges Verständnis für die Not der Arbeiterschaft zeigen, und die darum erkannt haben, daß der Lohnabbau heute noch nicht am Platze ist. Zum anderen werden auch die vor der Tür stehenden Tarifverhandlungen fast aller Sparten der Papierverarbeitungsbranche Anlass sein, daß jetzt in einer der Branchen dieses Wirtschaftszweiges das Feuer entzündet. Ist dies doch nach Anschauung vieler Unternehmer das beste Mittel, die Arbeiterschaft gegen deren Willen in Kämpfe zu verwickeln, die sich dann als hemmend für die in Aussicht stehenden Verhandlungen zeigen müssen.

Daß diese Anschauung einen großen Schein der Wahrscheinlichkeit für sich hat, läßt sich daraus erkennen, daß die Berliner Zeitungsunternehmer vollständig am Kampfe beteiligt sind. Nur die Organe der Arbeiterschaft, „Vorwärts“, „Freiheit“ und „Rote Fahne“, machen nicht mit. Mit der Beteiligung nur der Zeitungsbetriebe sind die Echarfmacher nicht zufrieden. Nicht mit Unrecht schreibt die „Freiheit“, daß der Versuch der Herstellung eines Einheitsblattes nur den Zweck habe, die Ausdehnung des Kampfes über die Zeitungsbetriebe hinaus auf alle Buchdruckereien Berlins zu sichern, während der Versuch, das Blatt außerhalb Berlins herzustellen zu lassen, einen Vorwand zu einer Aussperrung über ganz Deutschland abgeben wird. Wäre es anders, versuchten die Unternehmer nicht mit allen Mitteln, der Aussperrung eine größere Ausdehnung zu geben, warum verhängen sie dann auch über Hunderte von unseren Verbandsmitgliedern

Alten Einnahmen sind 2403,39 Mark zu verzeichnen. Davon entfallen 2168,34 M. auf Entschädigung des Kriegsvorgemais in Dresden für die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung 83,80 M. für zurückgezogene Unterstützungen, 9,10 Mark für verlorene Beitragsmarken, 80,— M. für Einzahlungsbüchlein und 72,15 M. für Rückzahlung früher veruntreuter Gelder.

Die gesamten Einnahmen der Zahlstellen und Gane belaufen sich ausschließlich der Zuschüsse aus der Verbandskasse auf 1460 897,79 M. Die erhaltenen Zuschüsse betragen 130 250,— M.

Von den Ausgaben entfallen für Arbeitslosenunterstützung 36 610,55 M. und für Krankenunterstützung 26 691,50 M., die sich auf die einzelnen Beitragsklassen wie folgt verteilen:

Arbeitslosenunterstützung:			
1. Klasse männl.	53,40 M.	weibl.	90,— M.
2. " "	95,20 " "	" "	1 892,95 " "
3. " "	359,90 " "	" "	9 373,— " "
4. " "	4 601,15 " "	" "	— " "
5. " "	19 204,95 " "	" "	— " "
Zus. männl.	24 814,60 M.	weibl.	11 295,95 M.

Krankenunterstützung:			
1. Klasse männl.	8,40 M.	weibl.	146,70 M.
2. " "	6,— " "	" "	2 030,— " "
3. " "	104,20 " "	" "	14 431,70 " "
4. " "	1 250,— " "	" "	— " "
5. " "	7 714,50 " "	" "	— " "
Zus. männl.	9 083,10 M.	weibl.	16 683,40 M.

Invalidenunterstützung kam an 31 Kollegen im Betrage von 2880 M. zur Auszahlung. Umzugunterstützung wurde für 14 männliche Mitglieder in Höhe von 780 M. bewilligt. Hinterbliebenenunterstützung wurde in 25 Fällen in Höhe von 2465 M. ausgezahlt. Für Rechtsschutz war in 9 Fällen der Betrag von 467,80 M. zu zahlen. Als Gemahregelie wurden 17 männliche und 9 weibliche Mitglieder mit zusammen 4059,50 M. unterstützt. An Extraunterstützung ist für 8 männliche Mitglieder 410 M. gezahlt worden und als Weihnachtsgeld für noch im Wehrdienst bzw. in Gefangenschaft befindliche Kollegen sind in 11 Fällen noch 115 Mark zur Auszahlung gelangt.

Für Streiks und Lohnbewegungen wurden 193 384,06 M. verausgabt, davon für Streikunterstützung an 561 männliche Mitglieder 55 613,73 Mark und an 2086 weibliche Mitglieder 94 173,56 Mark, zusammen 149 787,29 M. Für außerordentliche Agitation wurden 1768,24 M. aufgewandt. Zur Beilegung örtlicher Ausgaben mußten 281 974,23 M. den Zahlstellen und Gauen beschaffen werden. Der Verbandskasse wurden als Uebererschlag 1 045 050,39 M. zugeführt. Als Vorträge für das 3. Quartal vertrieben an den einzelnen Orten 308 639,49 M., dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 42 520,36 M. gegenübersteht.

Der Abschluß der Verbandskasse weist an Einnahmen 1 074 706,95 M. und an Ausgaben 541 752,31 M. auf, so daß ein Uebererschlag von 532 954,64 M. verbleibt. Der Bestand der Verbandskasse erhöhte sich damit auf 2 246 271,69 M. Die in diesem Bestand mit enthaltenen Reserven für die Invalidenunterstützung haben sich um 53 696,75 Mark auf 836 634,31 M. erhöht.

Dr. Lender.

Wirtschaft zu ermöglichen. Es bedarf dazu der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige und der Stärkung des Einflusses der Hand- und Kopfarbeiter auf die übrige Wirtschaft. Aus Objekten der Wirtschaft sollen sie zu ihren Subjekten werden.

Das Ziel der proletarischen Wirtschaftspolitik kann nur dahin gehen, die Verfügung über die Produktionsmittel zu erringen und die Wirtschaft auf der Grundlage des gesellschaftlichen Gemeineigentums unter planmäßiger einheitlicher Leitung als unmittelbare vergesellschaftete Produktion weiterzuführen.

II.

Der Kongreß konstatiert, daß die Fortdauer des kapitalistischen Wirtschaftssystems nach dem Kriege zu einer akuten Verelendung und absoluten Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen geführt hat.

Nur die Ueberwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die sozialistische Verbrauchsbedeutungswirtschaft sichert den materiellen und kulturellen Aufstieg der Hand- und Kopfarbeiter. Der Kongreß erblickt in den Versuchen, die Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsrechte zu reformieren, eine für den Kampf der Arbeiterklasse verderbliche Illusion. Der Kongreß fordert daher die Betriebsräte und die Gewerkschaften auf, im Verein mit den Arbeiterparteien alle ökonomische und politische Macht der Arbeiterklasse auf die Verwirklichung des Sozialismus zu konzentrieren. Insbesondere hält der Kongreß es für notwendig, alle Vorbereitungen zu treffen, um in dem bevorstehenden Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues diese Ziele durchzuführen.

Außer diesen Resolutionen wurde ein Antrag einstimmig angenommen, der mit dem Wunsche für den Sieg der russischen Arbeiterklasse die Betriebsräte verpflichtet, die Herstellung von Waffen und Munition für den Kampf gegen Rußland sowie den Transport derselben zu verhindern. Alle übrigen Anträge wurden dem neu zu wählenden Weirat überwiesen. (Schluß folgt.)

Aus der Tüten- und Beutelbranche.

Am 11. Okt. besteht für diese Branche ein Bezirksrat. Die Entlohnung lehnte sich an die Hilfsarbeiterlöhne im Kartonnagerietarif an. Da diese Höhe im Kartonnagerietarif außerordentlich unzureichend sind, führte dies zu mancherlei Inzuchtigkeiten. Weil nun der Geschäftsgang in der Kartonnagenbranche viel zu wünschen übrig konnte das Lohnabkommen nicht verbessert werden, was wiederum dazu beitrug, daß auch die Tüten- und Beutelfabrikanten unseres Bezirks an eine Verbesserung nicht gehen wollten. Sie befürchteten damit über die Kartonnagerielöhne hinauszukommen, da nach ihrer Ansicht die Nichtzahlung für den künftigen Reichstaxi in der Tüten- und Beutelbranche gehen müßten. Daß neuerdings der Verband der Tüten- und Beutelfabrikanten Deutschlands Verhandlungen mit und über einen Reichstaxi ablehnt, wurde bei den am 1. Oktober in Darmstadt stattgehabten Verhandlungen von den Arbeitgebern unseres Bezirkes sehr bedauert, weil nur durch einen Reichstaxi eine Gesundung in dieser Branche eintreten könne.

Die Verhandlungen über das neue Lohnabkommen gestalteten sich allerdings aus diesem Umstande recht schwierig, erst nach mehrstündigen Verhandlungen wurde für die älteren Arbeiter eine Lohnerhöhung erzielt. Für männliche Arbeiter werden mit der ersten Oktoberlohnwoche gezahlt:

	Ortsklasse I			
	II	III	IV	
im 15. Lebensjahre	1,35	1,25	1,15	1,05
16.	1,55	1,45	1,35	1,25
17.	2,10	1,95	1,80	1,65
18.	2,35	2,20	2,00	1,85
19.	2,65	2,40	2,20	2,05
20.	2,90	2,70	2,45	2,25
21.	3,20	2,95	2,70	2,50
über 21 Jahre alt	3,75	3,50	3,25	3,00
über 23 Jahre	4,—	3,75	3,50	3,25
Papierstecher, Packer und Seiger	4,25	4,—	3,75	3,50
Vorarbeiter und Maschinenführer	4,50	4,25	4,—	3,75

Für die Arbeiterinnen eine Erhöhung der Stundenlöhne durchzuführen, war nicht möglich, doch sollen die Affordräge, mit Ausnahme von Kaiserklauern, einer Revision unterzogen werden, um einen Affordrag zu ermöglichen. Im Kaiserklauern wurden die Affordräge bereits neu geregelt.

Das Lohnabkommen hat Gültigkeit bis 30. November, und zwar unter den gleichen Bedingungen wie in der Kartonnagenindustrie. Bessere Verhältnisse bleiben bestehen.

Die Verbindlichkeitsklärung soll gemeinschaftlich beantragt werden. Da zum erstmaligen auch die Bruchfirma vertreten waren, wird es auch möglich sein, dort nunmehr über die Frage zu einer Klärung zu kommen, ob für die Folge der Tüten- oder Briefumschlagtarif Geltung haben soll. Bittere Lage wurde von den Unternehmern über die Konkurrenz aus dem Rheinlande und Braunschweig geführt. Dort müßten fürchtbar niedrige Löhne gezahlt werden. An unseren Kollegen in den betr. Gauen und Zahlstellen muß es liegen, hier einmal gründlich hineinzuleuchten, damit solche Hungerlöhne, wie sie in Nr. 40 der „Buchhändler-Zeitung“ von Wahrhaft geschildert, beseitigt werden.

Beiprechung beim Reichspräsidenten über die Notlage der Arbeiterklasse.

Aus dem verschiedensten Gegenden Deutschlands sind bei dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Beschwerden und Anträge eingelaufen, welche eine unbegründete Stillelegung von Betrieben die Fürsorge für die Arbeitslosen, die Frage des Preisabbaus und die Lebensmittelmangelversorgung, besonders die Versorgung mit Kartoffeln sowie die Frage der Steuerabzüge zum Gegenstand hatten. Am 2. Oktober wurden in einer Sitzung beim Reichspräsidenten bei der das Reichernährungsministerium und das Reichsarbeitsministerium vertreten waren, diese Fragen eingehend vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dargestellt. Eine ausgiebige Beiprechung zeitigte folgendes Ergebnis:

1. Eine Verordnung betreffend Abbau und Stillelegung von Betrieben geht in den allerersten Tagen vom Reichsarbeits- und Reichsarbeitsministerium dem Reichstage zu. Diese neue Verordnung dürfte den Wünschen der Arbeiterschaft im wesentlichen gerecht werden.

2. Die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge werden in letzter Zeit ausgiebig in Anspruch genommen und über das bisher vorgeebene Maß hinaus zur möglichen Befestigung der Arbeitslosigkeit verbandt werden. Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung, dem die Erledigung der einschlägigen Anträge im einzelnen obliegt, wird sein möglichstes tun zur schnellsten Erledigung. Dabei sollen diejenigen Bezirke und Industrien, welche gegenwärtig vornehmlich Not leiden, besondere Berücksichtigung finden. Durch Kabinettsbeschlüsse sind bereits sämtliche Reichs- und Staatsbetriebe angewiesen, alle nur möglichen Bestellungen jetzt herauszugeben.

3. Die Unterstützung der Arbeitslosen wird gegenwärtig erhöht. Zurzeit kommen die bereits vor mehreren Wochen bewilligten besonderen Beihilfen für langjährige Erwerbslose mit Familie zur Auszahlung. Die vom 5. Ausschuss des Reichstags eingesetzte Unterkommission hat mit dem Arbeitsministerium über die Anpassung der Arbeitslosenunterstützung an die Bedürfnisse des Winters am 1. Oktober beraten. Das Ergebnis dieser Beratung, das auf eine Erhöhung der laufenden Unterstützung für die Wintermonate hinausläuft, wird in den nächsten Tagen Gegenstand einer Kabinettsberatung sein.

4. Die Regierung ist in letzter Zeit mit Erfolg bemüht mit Hilfe des Zusammenschlusses der Produzenten auf der einen Seite und der gewerkschaftlichen Verbände als Abnehmerorganisation auf der anderen Seite die Preise wichtiger Verbrauchsgüter zu verbilligen. Bei den Eisenbahnern ist diese Aktion schon in Wirksamkeit getreten. Sie wird in aller nächster Zeit weitere Anwendung finden.

5. Am 28. September kam zwischen Führern der Landwirtschaft, des Handels und der Arbeiterschaft eine Vereinbarung zustande, wonach ein Preis von 25 M. für den Zentner Kartoffeln Erzeugerpreis in keinem Falle überschritten und dort, wo es die örtlichen Produktionskosten gestatten, dieser Preis nach Möglichkeit gekürzt werden soll. Diese Vereinbarung hat eine gewisse Beruhigung hervorgerufen. Alles kommt aber auf ihre entsprechende Durchführung in den einzelnen Reichsteilen an. Die Ernährungsminister der einzelnen Länder sind deshalb vom Reichernährungsministerium bereits schriftlich und auf der Ernährungsministerkonferenz der Minister, die am 1. Oktober in Berlin tagte, auch mündlich ersucht worden, ihrerseits auf das Zustandekommen örtlicher Vereinbarungen im Sinne des Abkommens vom 28. September mit allem Nachdruck hinzuwirken. Dabei soll insbesondere angestrebt werden, daß nach Vorgängen in einzelnen Teilen des Reichs durch diese Vereinbarungen eine vorzugweise billigere Bekleidung der mindereinkommenden Bevölkerung mit Kartoffeln sichergestellt wird. Diese Bestrebungen sollen nach Möglichkeit weiter gefördert und ausgebaut werden. Einem wucherhaften Anstau von Kartoffeln wird vom Reichernährungsministerium mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Einschlägige Fälle sollen sofort zur Anzeige gebracht werden.

Entscheidungen des Leipziger Tarifamtes der Buchbinder.

XI.

Anfrage: Wie lassen um Mitteilung, wie bei Prospektoren, die mit fortlaufenden (engl.) Fäden gearbeitet werden, das Leimen zu berechnen ist. Entweder muß es als Einzelbogen oder als Buchblock (bessere Prospektoren) eingerechnet werden.

Entscheidung: Da keine Unterlagen vorhanden waren, nahm das Tarifamt an, daß es sich um Prospektoren handelt, die im Regal geleimt werden. In diesem Fall ist das Leimen nach Pof. 1039 und 1040 zu bezahlen.

Leipzig, den 2. Juni 1920.

gez.: Kummel. gez.: Fesche.

XII.

Entscheidung: Große Defektarbeiten sollen im Prinzip, soweit es sich um Männerarbeit handelt, auch von Männern ausgeführt werden, während die kleineren und solche, die im Prinzip als Mädchenarbeit gelten, von Mädchen ausgeführt werden.

XIII.

Anfrage: Nach Absatz III Nr. 10 ist einer lernenden Spezialarbeiterin nach 13 Wochen Lehrgeld der Lohn für Spezialarbeiterinnen zu zahlen.

Wenn es sich um ein Mädchen handelt, das über 16 Jahre alt ist, in einer Buchbinderei oder ähnlichem Betriebe nur kurze Zeit oder gar nicht beschäftigt war, ist ihr trotzdem nach 13 Wochen Lehrgeld bereits der volle Spezialarbeiterinnenlohn zu zahlen?

Entscheidung: Wenn eine neuangestellte Arbeiterin über 16 Jahre innerhalb des ersten oder des zweiten Halbjahres als Spezialarbeiterin ausgebildet wird, erhält sie nach 13wöchiger Lernzeit den Spezialarbeiterinnenzuschlag von 10 Pf. zu dem für das erste bzw. zweite Halbjahr tariflich festgelegten Stundenlohn.

Leipzig, den 2. Juni 1920.

gez.: Kummel. gez.: Fesche.

XIV.

Anfrage: Die Pof. 833 sieht für Leder, Seide, Deckstoff und ähnliche Ersatzstoffe einen Zuschlag von 33 1/2 Proz. vor, sagt aber nicht, auf welche Positionen dieser Zuschlag Anwendung finden soll.

Entscheidung: Der in Pof. 833 festgelegte Zuschlag von 33 1/2 Proz. ist auch für Metall- und Holzdruck zu zahlen.

Leipzig, den 2. August 1920.

gez.: Kummel. gez.: Fesche.

XV.

Anfrage: Nach Ziffer 18 des Hauptvertrages zum Reichslohntarif ist für Stülchlohnabnehmer ein Zeitlohn zu vereinbaren, der dem durchschnittlich gezahlten Stücklohn abzüglich 10 Proz. entspricht.

Es sind hier Zweifel darüber entstanden, ob dieser Zeitlohn innerhalb der Betriebe oder zwischen den beiderseitigen örtlichen Organisationen oder den Zentralverbänden vereinbart werden soll.

Entscheidung: Das Tarifamt entscheidet einstimmig, daß die Höhe des Stundenlohnes für Affordarbeiter nach Ziffer 18 des Hauptvertrages innerhalb des Betriebes nach den Verdiensten in den einzelnen Abteilungen oder auch mit dem einzelnen Arbeitnehmer vereinbart werden kann.

Leipzig, den 22. Juli 1920.

gez.: Kummel. gez.: Fesche.

XVI.

Klage des Personals der Firma D. in W.: 1. auf Gewährung von Ferien auf Grund der am 1. Juni 1919 abgeschlossenen Münchener Vereinbarungen; 2. wegen Bezahlung des Vorentschlusses beim Abben (Abt. 13).

Entscheidung zu 1: Die Arbeitgeber vertreten den Standpunkt, daß das Münchener Abkommen ausdrücklich als Provisorium bis zur Neuregelung des Vier-Städte-Tarifs vereinbart worden ist; infolgedessen treten mit diesem Zeitpunkt die tariflichen Abmachungen in Kraft.

Die Arbeitnehmer stimmen dieser Ansicht nicht zu.

Der Antrag wird mit Stimmen-gleichheit abgelehnt.

Entscheidung zu 2: Das Tarifamt beschließt einstimmig, daß das Vorentschluß nach Abt. 13 des Tarifs zu bezahlen ist, gleichviel ob es für sich allein oder in Verbindung mit einem anderen Arbeitsgang ausgeführt wird.

Leipzig, den 21. September 1920.

gez.: Kummel. gez.: Fesche.

XVII.

Berufung der Firma W. u. Co. in W. gegen die Entscheidung des Leipziger Tarifschiedsgerichts wegen des Zuschlages für G.W.-Leimen.

Entscheidung: Das Tarifamt entscheidet einstimmig, daß G.W.-Leimen nach dem vorgelegten Muster zuschlagspflichtig ist; die Höhe des Zuschlages

ist in jedem einzelnen Falle, je nach Schwierigkeit bei der Verarbeitung, mit der Betriebsleitung zu vereinbaren.

Leipzig, den 21. September 1920.

gez.: Kummel. gez.: Fesche.

XVIII.

Feststellung der Bezahlung des Auswachsens der Decken nach Pof. 827 in Verbindung mit Abt. 62 des Nachtrags (Grundieren).

Entscheidung: Das Tarifamt beschließt mit Einstimmigkeit, daß die für Grundieren in Abt. 62 des Nachtrags 1 festgesetzten Zuschläge von 33 1/2 Proz. auch Wirkung auf Pof. 827 haben.

Leipzig, den 21. September 1920.

gez.: Kummel. gez.: Fesche.

XIX.

Klage gegen die Firma L. W. G. in W. wegen Bezahlung der Halbleinende bzw. imitierten Halbzangbede nach Pof. 686 1. Absatz.

Entscheidung: Das Tarifamt beschließt einstimmig, daß das Halbleinende der vorgelegten Decke „Heines Werte“ nach Pof. 686 letzter Absatz zu bezahlen ist.

Leipzig, den 21. September 1920.

gez.: Kummel. gez.: Fesche.

XX.

Antrag der Zahlstelle Leipzig über Festsetzung der Formate beim Drucken von a) Enveloppen, b) Futteralen.

Entscheidung: Das Tarifamt beschließt, daß das zu berechnende Format sich ergibt:

- a) bei Enveloppen aus Deckgröße plus Einschlag; b) bei Schutzkartons aus Deckgröße plus Klappen.

Leipzig, den 21. September 1920.

gez.: Kummel. gez.: Fesche.

Halstarrige Unternehmer

Sind die Firmen Kaufmann, Wth. Anhalt; M. Schauenburg, Buchdruckerei, und G. W. Wagenmann, Malendfabrik in W. Seit nahezu einem Jahr hat das dortige Buchbinderpersonal um die Anerkennung des Reichslohntarifs für das deutsche Buchbindergewerbe zu kämpfen und immer wieder wird die Kollegenschaft um die tariflichen Ertragsleistungen geprellt. Wie hat sich doch die „Lahrer Zeitung“ in ihrer Nr. 27 vom 2. Februar d. J. so fittlich entriestelt, als das Buchbinderpersonal, verbittert durch die Winkelzüge der Unternehmer, zu einem zweitägigen Ausstand greifen mußte. Damals hieß es, es seien nur noch einige Formalitäten zu erfüllen und dann würde der Reichslohn vom Tage der Einführung an nachgezahlt. Dreiwertel Jahre sind seit diesem öffentlichen Versprechen verlossen, der Reichslohn ist seitdem überall eingeführt und bereits zweimal durch Verhandlungen erweitert worden, sämtliche in Frage kommenden Unternehmerverbände sind dem Tarifabkommen beigetreten, nur im Jahr wartet die Arbeiterchaft noch vergeblich auf die Einlösung des gegebenen Versprechens; nur in W. wollen sich die Unternehmer einen Extraprofit dadurch verschaffen, daß sie der Arbeiterchaft die ihr zustehenden Löhne vorenthalten. Wie sagte doch der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses Offenburg in der Sitzung am 23. Juli: „Die Lahrer müssen doch immer was Ertrages haben.“ Mit welcher Geringschätzung gerade diese Unternehmer auf ihre Arbeiterinnen herabsehen, beweist, daß sie denselben in im Tarif vorgegebener Ferien auch dann nicht gewähren wollten, als sie durch den Schlichtungsausschluß Offenburg dazu bereits verurteilt waren. Es mußte erst die Verbindlichkeit durch den Landeskommissar erwirkt werden. Ungläublich war es, mit welchem Raffinement das Lahrer Arbeitgeberkartell durch seinen Kommissar, Herrn Dr. Waber, verpackte, die Arbeiterinnen um die Ferien zu bringen. Der Fleiß wäre wahrhaftig einer besseren Sache würdig gewesen.

Da alle Versuche, mit den Unternehmern örtlich zu einer Verständigung über die Tariffrage zu kommen, daran scheiterten, daß die Unternehmer nicht zu Verhandlungen zu bewegen waren, mußte der Schlichtungsausschluß angerufen werden. In seiner Sitzung am 23. Juli verurteilte derselbe die Unternehmer, das Buchbinderpersonal nach dem Reichslohn für Buchbindereien zu entschuldern. Und nun kommt das sonderbarste. Die Unternehmer unterwerfen sich dem Schiedsspruch, aber sie zahlen die der Arbeiterchaft nach dem Schiedsspruch zustehenden Löhne nicht aus.

Der Landeskommissar, an dem sich die Arbeiterchaft dann erneut wandte, hat dieselbe nunmehr auf den Klageweg verwiesen. So ist die Kollegenschaft gezwungen, die rückständigen Tariflöhne durch das Gewerbegericht einzuklagen. Es ist tief bedauerlich, daß diese Unternehmer so wenig Gemeinnutten besitzen und in der heutigen Zeit eine solche Erregung in die

Arbeiterchaft tragen. Was kümmert sie auch die Notlage der Arbeiterchaft. Die Not wird täglich durch die Teuerung immer größer, die Arbeiterchaft bereubelt immer mehr, die Löhne, die der Kollegenschaft aber seit vier Monaten ausbleiben, werden ihr heute noch vorenthalten. Wird die Arbeiterchaft nun mal etwas ungeduldiger und energischer und pocht auf ihr Recht, dann wird die Hungerpeinliche gezwungen; dann wird mit Aussetzen und Entlassung gedroht.

Wie lange muß es noch dauern, bis auch diese Herren für ihre Buchbindereiarbeiterchaft und vor allem Dingen für ihre Arbeiterinnen das tarifliche Recht anerkennen und dem Personal eine menschenwürdige Existenz zuwenden? Das Verstreuen der Unternehmung ist zu bekannt. Sie möchten die Arbeiterchaft uneins machen und zu Unbesonnenheiten verleiten. Das ist ein Versuch, der nicht gelingen wird. Den Kollegen und Kolleginnen aber rufen wir zu: Laßt den Mut nicht sinken. Ueberlastet aber auch den Kampf nicht allein der Organisationsleitung, den Betriebsräten und Vertrauensleuten. Jeder Kollege und jede Kollegin muß selbst Hand mit anlegen und im Kampfe mithelfen. Wir haben genau die gleichen Bedürfnisse wie jeder andere Mensch auch; unser Recht muß uns werden trotz alledem. Auf die Dauer werden den Unternehmern ihre Praktiken nicht gelingen, auf die Dauer können sie uns unser Recht nicht vorenthalten. Der Sieg muß unser werden, denn mit uns ist das Recht.

Aus der Limiererbranche.

Anlässlich der Schaffung des Reichslohntarifs wurde es auch in unserer Sparte etwas lebendig. Die Lohnverhältnisse waren bisher ziemlich unterschiedlich je nach Art des Betriebes. In den großen und größten Betrieben wurde durchschnittlich das Lohnniveau der Buchbinderkollegen erreicht, auch bei Affordarbeit sprang nicht wesentlich mehr heraus, als etwa die Fertigmacher erzielen. In den kleinen und Mittelbetrieben war die Entlohnung etwas über den jeweils üblichen Tarifen, da solche Betriebe einen tüchtigen Kollegen oft schwer bekommen konnten. In den Papierfabriken war der größte Unterschied zwischen ordentlicher und höchst geringer Entlohnung.

Der Limierer lernt heute 3-4 Jahre und er wird fast ausschließlich nur im Limieren unterrichtet, jettener und nur in kleinen Betrieben, werden die Lehrlinge auch in der Buchbinderei mündig. Schon bei der Ausbildung mühten die Kollegen darauf achten, den Lehrling zur sorgfältigen Behandlung der Maschinen anzubahnen, denn von verdorbenen und verworfenen Maschinen wird mancher Kollege ein Lied singen können. Beim Limieren liegt wie beim Drucken die berufliche Fertigkeit nicht allein in der Hand, sondern sie hängt größtenteils vom arbeitsfähigen Zustand der Maschine ab.

Viel geandert wird von den Kollegen, die eine Stelle verlassen. Tritt man eine neue Stelle an, so ist man erstens, was für eine Umordnung erst befehtigt werden muß. Da sind alle Fäden gespannt, Laustücher und Filze angehängt, so daß sie abstimmen. Druck- und sonstige Regulierschrauben fehlen teils ganz, teils sind sie unbrauchbar. Gummitalgen sind gerischnitten. Rollen und Spalten müssen erst sortiert werden usw. Das zeigt einen bedenklichen Mangel an Ausbildung, Ordnungssinn und kollegialer Erziehung. Diese Mängelstände können sehr oft auch von den sogenannten Schustern, Personen ohne reguläre Ausbildung, angeordnetes Hilfspersonal aus Papierfabriken, herühren. Diese Art Limierer verdrängen ja neubdings, da die ungeheuren Preise und die komplizierte Ausführung der neuen Maschinen dem Unternehmer denn doch eine routinierte Kraft rätlich erscheinen lassen.

Ich möchte noch davor warnen, durch sogenanntes Spezialarbeitertum einen Starrsinn im Betende hochzuziehen. Wer regulär gelernt hat, ist Kollege und bekommt den entsprechenden Tarifschlag gleichgültig, ob er am Tisch steht oder an der Schneidmaschine oder manuskriert. Tarifhöhe sind ja Mindestsätze, qualifizierte Kollegen werden ihre Tätigkeit schon entsprechend zu werten verstehen. Für unsere Sparte käme eine Ergänzung des Tarifs in Frage dergestalt, daß noch weiter festgelegt würde, was für Zuschläge in Frage kämen bei Verbindung bis zu höchstens drei Maschinen. Letzteres kann nur bei ganz großen Auflagen einfacher Limiatur in Frage kommen. Ebenso müssen die Kollegen vermeiden, aus Bequemlichkeit das zugewiesene Hilfspersonal mit dem Einrichten zu beschäftigen. Die sachliche Ausbildung mühte durch öftere Besuche in der W.-Z. mehr gepflegt werden. Insbesondere müssen die Orte mit Limiererfunktionen mehr von sich hören lassen, dadurch werden wir unsere Sparte auch auf die entsprechende Höhe bringen.

E. G., Frankfurt a. M.

Internationales.

Die Entwicklung der englischen Gewerkschaften. Ueber die Entwicklung der englischen Gewerkschaften bringt das „Reichsarbeitsblatt“ folgende Darstellung:

„Für die jüngste Entwicklung der englischen Gewerkschaften ist charakteristisch ihr gewaltiges Wachstum, die Festigung ihrer rechtlichen Stellung, organisatorische Veränderungen im Aufbau und neuauftretende geistige Strömungen. Im Jahre 1892 betrug die Zahl der organisierten Gewerkschafter 1 1/2 Millionen oder 4 Proz. der damaligen Gesamtbevölkerung. Im Jahre 1920 beträgt sie über sechs Millionen, das sind 12 Proz. der Bevölkerung. Das Vermögen der englischen Gewerkschaften wird mit 15 Millionen Pfund Sterling angegeben. Im ersten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts wurden den englischen Gewerkschaften große Schwierigkeiten gemacht. 1901 entschied das Oberhaus als oberster Gerichtshof in einem Prozesse gegen den Eisenbahnerverband, daß die Gewerkschaften für alle aus dem Vorgehen ihrer Beauftragten einem anderen erwachsenden Schäden haftbar gemacht werden können, was der Gewerkschaft etwa 200 000 Pfund Sterling kostete. Die Folge davon war, daß die Gewerkschafter ihr Interesse der Politik zuwandten, und 1906 kam das Gesetz über gewerbliche Streitigkeiten zustande, das die ungünstigen Folgen des oben erwähnten Urteils beseitigte. Eine andere folgen-schwere Entscheidung sprach der oberste Gerichtshof im Jahre 1909 aus, indem er die politischen Bestrebungen der Gewerkschaften unmöglich machte. Erst das Gewerkegesetz von 1913 gab den Gewerkschaften die für ihre Zwecke notwendige Freiheit der Betätigung wieder. So hat sich die rechtliche Stellung der Gewerkschaften innerhalb weniger Jahre wesentlich gefestigt.“

Organisatorische Veränderungen in der englischen Gewerkschaftsbewegung wurden in der Hinsicht durchgeführt, daß an Stelle der bisher in England vorherrschenden Berufsorganisation von Facharbeitern die Zusammenfassung aller in einer Industrie beschäftigten Arbeiter, ohne Berücksichtigung ihrer besonderen Tätigkeit, in Industrieverbänden gefordert wurde. Die Streikfolge der Eisenbahner und der Bergleute, die beide dieses Organisationsprinzip durchgeführt haben, sprachen für dessen Leistungsfähigkeit. Durch den Sieg der Industrieverbandsorganisationen wurden die führenden Gewerkschaften die der Bergleute, der Transportarbeiter und der Eisenbahner.

Bemerkenswert ist auch das Auftreten radikaler Strömungen in den letzten Jahren. Der Gegensatz zwischen gewissen Schichten in den Gewerkschaften und den alten Gewerkschaftsleitungen, die sich noch nicht zum Sozialismus durchgerungen haben, führte zur Schaffung neuer Vertretungsorgane, den sogenannten Shop Stewards (Betriebsvertrauensmänner), die sich über große Bezirke hin zu Werksausschüssen (Works Committees) zusammensetzten. Die englischen Gewerkschafter kommen immer mehr und mehr zur Erkenntnis des Sozialismus. Der Gedanke der Selbstverwaltung der Industrie durch die in ihr als Hand- und Kopf-arbeiter Tätigen hat überall Wurzeln geschlagen. Die Vertreter dieser Richtung bezeichnen sich als Oldensozialisten. Den stärksten Widerhall hat der Oldensozialismus bei den Bergleuten, den Eisenbahnern und den Postangestellten gefunden. Mit großem Nachdruck wird die Ausschaltung des kapitalistischen Unternehmers gefordert. Die sogenannten Whitley Councils (Arbeitsgemeinschaften), die den Arbeitern gemeinsam mit den Unternehmern einen Teil an der Ordnung der einzelnen Betriebe und an der Verwaltung der Industrie einräumen, werden nicht als befriedigende Lösung angesehen. Der Kampf um die Kontrolle der Industrie steht heute in England, wie in anderen Ländern, im Mittelpunkt der sozialen Ringens, was um so bedeutungsvoller ist, als England durch den Krieg am wenigsten gelitten hat und der Kapitalismus dort noch sehr stark ist.“

Technoslowakei. Eine erfolgreiche Lohnbewegung haben die Brüner Buchbinder zu verzeichnen. Auf Grund einer neuen Vereinbarung erhalten sie ab 6. September eine Zulage von 30 Proz. auf den Grundlohn, während weitere 10 Proz. vom 31. Oktober an gewährt werden sollen.

Berichte.

Bernburg. Am 6. Oktober hielten die in der Papierwaren- und Kartonagenfabrik sowie in den Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eine gut besuchte Versammlung ab, in der Kaufmeister v. d. Reich-Magdeburg einen Vortrag hielt. Er konnte die 100 Personen starke Mitgliedschaft begrüßen, auf deren Wunsch auch die Grün-

ding der neuen Bahnhalle Bernburg erfolgte. In seinem Vortrage führte v. d. Reich den Wert der Organisation sowie die Vorteile unseres Verbandes allen vor Augen. In der darauffolgenden Wahl wurde Schlaufstedt als Vorsitzender, Richter als Kassierer und Meißa als Schriftführer und als Ausschußmitglieder die Kolleginnen Schmidt und Graßel gewählt. Nachdem wurde über die Ablehnung des Vertrages durch die Fäuten- und Weuteilfabrikanten verhandelt und beschlossen, nunmehr vor der Lokalverwaltung wie auch vom Gauleiter die nötigen Schritte zu unternehmen, um endlich zu zeitgemäßen Löhnen zu kommen, denn der jetzige Lohn von 75 Pf. bis 1 Mk. Stundenlohn für Arbeiterinnen reiche doch nicht aus, um anständig zu leben.

Am 14./15. Aus Anlaß des Internationalen Buchbinderkongresses in Bern gelang es der Gauleitung, die Kollegin Frau Strajmin, die als Mitglied des Verbandsvorstandes die Konferenz in Bern besuchte, für mehrere Verammlungen in Mittel- und Oberboden zu gewinnen. Die erste Verammlung fand in Rastatt am 23. September statt. Die Verammlung war nicht besonders gut besucht. Frau Strajmin referierte über: „Was haben wir zu tun, um unsere wirtschaftlichen Interessen zu wahren?“ In verständlicher Weise verstand sie es, die Kolleginnen zu fesseln und lebhafter Beifall folgte ihren Ausführungen. In der Debatte kam zur Sprache, daß die Kolleginnen bei Drehsch und Moos über unzureichende Bezahlung zu kagen hatten. Der anwesende Gauleiter Dürr ver sprach eine eingehende Untersuchung und wird in nächster Zeit bei der Firma vorstellig werden, um die tarifliche Bezahlung zu ermöglichen. Am Abend des gleichen Tages war eine Verammlung in Ruggensturm. Die Verammlung war vom besten kollegialen Geiste getragen und wird allen Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben. Kollegin Strajmin redete auch den anwesenden Kollegen vom Christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverband ins Gewissen, sich in jedem Verstande anzuschließen, denn nur durch eine Berufsorganisation könne das Interesse der Kollegenschaft mit Nachdruck wahrgenommen werden. Eine sehr gut besuchte Verammlung war in Lahr zu verzeichnen. Dieselbe war auch von den Kolleginnen gut besucht. Die Ausführungen unserer Referentin fanden lebhaften Beifall. Besonders als Rednerin die Musterarbeitsordnung der Lehrer Eins- und Kartomagenfabrikanten scharf kritisierte. Dürr erklärte, daß die Betriebsräte diese Arbeitsordnung in einer besonderen Sitzung beraten und eine Gegenvorlage den Arbeitgebern einreichen würden. (Dies ist bereits geschehen und in einer gemeinsamen Sitzung mit den Arbeitgebern wurde die Vorlage der Betriebsräte mit geringfügigen Änderungen gutgeheißen.) Auf der Rückreise von Bern hatte dann Kollegin Strajmin noch eine Verammlung in Freiburg. Die Verammlung hätte besser besucht sein sollen. Auch hier entlegte sich Rednerin ihrer Aufgabe in bester Weise. Eine interessante Debatte folgte ihrem Referat. Die Kolleginnen und Kollegen brachten ihre Wünsche sehr zahlreich vor. Dieselben bezogen sich auf den Tarif. Das Verhalten des christlichen Arbeiterratsmitglied bei Herder in Fragen der Akkordentlohnung wurde scharf gerügt. Auch sonst waren unsere Freiburger Kollegen mit ihren Wünschen keineswegs zurückhaltend und in Rede und Gegenrede, die sich aber immer um Organisationsfragen drehten und wie der Organisation am besten gedient sei, fand die Verammlung ihr Ende, die vielen Mitgliedern zweifellos noch lange in angenehmer Erinnerung bleiben wird.

Rundschau.

Betriebsräte-Kurse an der Universität Münster. Der erste Versuch, am staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster einen Kursus über soziale Betriebslehre für Gewerkschafter einzurichten, darf als ein Erfolg für die Veranlasser gebucht werden, welche diesen Plan in der Zeit vom 23. August bis 11. September durchführten. Bei der auf die Schlussvorlesung folgenden Aussprache über die Veranstaltung sprachen die Teilnehmer in einer Erklärung ihren Dank an die Lehrer aus für die anregenden und von wissenschaftlichem Geist getragenen Vorlesungen. Aber nicht nur die Hörer nahmen wertvolle Anregungen und Erweiterung ihres Wissens mit in ihren Wirkungskreis, auch die Lehrer brachten zum Ausdruck, daß sie aus der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftern, die ja zugleich auch eine lange praktische Tätigkeit in den industriellen Werken hinter sich haben, Nutzen ziehen könnten für sich und ihren Unterricht bei den Studenten. Eine Einwirkung auf die Studenten der Universität in dem Sinne, daß die Gewerkschaftsarbeit mehr und besser gewürdigt wird, können sich die Gewerkschaften und auch die deutsche Volkswirtschaft gern gefallen lassen.

In den Vorlesungen behandelte Ingenieur Wolbt das Thema: „Soziale Betriebslehre“; Prof. Blenge: „Betrieb in der Volkswirtschaft“ und „Betrieb und Konjunktur“; Prof. Terhalle (Jena): „Unternehmensformen“ und „Vuchführung und Bilanz“; außerdem waren noch Vorträge eingelegt von Dr. Weber über „Psychologie“ und Dr. Ordemann: „Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes“. In alle diese Vorlesungen schlossen sich praktische Übungsstunden und als wertvolles Unterrichtsmittel dienten Uebersichtskarten, von Professor Blenge entworfen und mit wissenschaftlichem Eifer erläutert und vortragen.

Der erste Kursus dauerte drei Wochen; es war ein Versuch, der zur baldigen Wiederholung und zum weiteren Ausbau der Kurse geradezu auffordert, weil auf den behandelten Gebieten und den großen Anforderungen an die Gewerkschaften in der Neuzeit besonders von den Betriebsräten noch außerordentlich viel geleistet werden muß. Der zweite Kursus soll Mitte November mit voraussichtlich längerer Dauer eröffnet werden. Dabei werden dann die Erfahrungen des ersten Kurses, die in einem schriftlichen Bericht der ersten Teilnehmer niedergelegt werden und die auch zu Vorschlägen zum weiteren Ausbau aufgefordert sind, berücksichtigt werden.

Betriebsräte gegen 40 Proz. Dividende. Der Zentralrat der Betriebsräte Nürnberg nahm Stellung zu der Verteilung einer Dividende von 40 Proz. durch die Tafel-Salini- und Spiegelglasfabriken, A.-G., in Fürth und stellte laut „Mdn. Bl.“ beim Staatsministerium der Justiz den Antrag, die Staatsanwaltschaft anzuweisen, gegen die Firma sofort ein Verfahren auf Grund der Wuchererzeugung zu eröffnen. In der Begründung ist u. a. darauf hingewiesen, daß die Gesellschaft im Vorjahre 35 Proz. und im Jahre 1918 25 Proz., insgesamt also in drei Jahren 100 Proz. Dividende ausschüttete, und daß außerdem die beröfentlichten Bilanzposten erkennen lassen, daß der eigentliche Gewinn der Firma ein bedeutend höherer sei.

Literarisches.

Das Programm der Sozialdemokratie. Vorschläge zu seiner Erneuerung. Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68. Der Band enthält in einer Reihe von Aufsätzen wertvolle Beiträge zur Diskussion über die Forderung des sozialdemokratischen Parteiprogramms. Die Nachfrage nach diesem Band ist so stark, daß in ganz kurzer Zeit die dritte Auflage notwendig wurde. Der Ladenpreis beträgt 15 Mk., für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder 8,75 Mk. Es empfiehlt sich, die Bestellung bald aufzugeben, da bei späteren Auflagen der ermäßigte Preis nicht aufrechterhalten werden kann.

Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bei der Verbandskasse ein von Freiburg i. S. 600.— Mk., Kirchheimbolanden 1000.— Mk., Solingen — Mk.

Von den Buchstellen in Firmasens und Weihenfeld ist die Abrechnung vom 2. Quartal nicht eingekandt worden.

Abrechnungen vom 3. Quartal sind bis zum 11. Oktober bei der Verbandskasse eingegangen von Neuruppin 763,56 Mk., Wittenberg 1400.— Mk., Rüttlingen-Wilhelmsbach 471,00 Mk., Eisenberg — Mk., Gräfenhain, S.-M., — Mk., Sonneberg 1500 Mk., Weimar 1048,73 Mk., Weiel 500.— Mk., Fulda 471,30 Mk., Ranel 1296,20 Mk., Altenburg 779,85 Mk., Oberdach-Neugersdorf 800.— Mk., Gößnitz 1245.— Mk., Oberwiesenthal — Mk., Seiffenhersdorf 902,40 Mk., Schweinfurt 500.— Mk.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.
B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
Bernburg. B.: A. Schlaufstedt, Markt 27.
K.: W. Richter, Christianstr. 51.
Burgstädt. B.: E. Wäntler, Göppersdorf b. Burgstädt, Oststr. 153. K.: R. Funke, Burkersdorf b. Burgstädt, Veniger Str. 2.
Freiburg i. B. B.: G. Burdhardt, Gerberau 23a.
K.: O. Limberger, Scheffelstr. 13 III.
Gulzberg. B.: P. Müller, Obere Raberstr. 8.
K.: P. Jadsch, Ring 26 III.
Görlitz. B.: E. Hunger, Hohe Str. 4 II.
K.: Fr. Hartmann, Gr. Wallstr. 14.
Liegnitz. B.: O. Kunze, Schloßstr. 23 I.
K.: Erna Pauli, Luisenstr. 2.
Limburg a. L. B.: A. Engelhardt, Hospitalstr. 4.
K.: J. Baumann, Hofmarkt 18.
Wiesdorf. B.: G. Micho, Burgfeldstr. 4.
K.: W. Hellringhaus, Robert-Lunjen-Str. 1.